

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Jeder Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Kesselstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsges.: Mäurer (Werk) 2. Anholt-Melburger Zeitung.

Nr. 206

Donnerstag, den 30. Juli

1925

Sturmsszenen im Reichstag.

Kommunistische Rüpeleien gegen Kirche und Zentrum.

Einkommen- und Kirchensteuern.

← Berlin, 29. Juli. (Tel.)

Am Regierungstisch Reichsfinanzminister v. Schlieffen. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 120 Uhr. Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Der Etat für 1926 wird ohne Debatte dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Die zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes wird fortgesetzt beim § 50, der den Steuertarif regelt.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.) begründet dazu einen Änderungsantrag der Regierungspartei, wonach sich das steuerfreie Existenzminimum von 1100 Mark erhöhen soll: 1. für die Ehefrau um 100 Mark, 2. für das erste Kind um 100 Mark, 3. für das zweite Kind um 180 Mark, 4. für das dritte Kind um 380 Mark, 5. für das vierte und jedes folgende Kind um je 450 Mark im Jahre. Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, die Einkünfte beziehen, werden nicht gerechnet.

Der Antrag geht in der ersten Stufe um 25 Mark über die Ausschussvorlage hinaus und läßt die nach dem Ausschussbeschluss erst für das vierte Kind eintretende Erhöhung um 380 Mark schon beim dritten Kinde eintreten.

Im § 52 wird der Abzug folgender Beträge vorgesehen: 1. 600 Mark für steuerfreie Einkommensteile, wenn das Einkommen den Betrag von 10 000 Mark jährlich nicht übersteigt; 2. für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind 8 Prozent des über 600 Mark hinausgehenden Einkommens, jedoch mindestens für die Ehefrau 100 Mark, für das erste Kind 100 Mark, für das zweite Kind 180 Mark, für das dritte Kind 380 Mark, für das vierte und jedes folgende Kind je 450 Mark, höchstens je 540 Mark für die Ehefrau und jedes Kind, insgesamt nicht mehr als 8000 Mark.

Zur Lohnsteuer wird beim § 70 von den Regierungsparteien beantragt, daß außer dem steuerfreien Existenzminimum von 600 Mark jährlich (50 Mark monatlich) vom Steuerabzug befreit bleiben für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind je 10 Prozent des Arbeitslohnes, der über das Existenzminimum hinausgeht. Mindestens soll das sein für die Ehefrau 120 Mark jährlich, für das erste Kind 120 Mark jährlich, für das zweite Kind 240 Mark jährlich, für das dritte Kind 480 Mark jährlich und für das vierte und jedes folgende Kind je 600 Mark jährlich.

Abg. Vogel (Soz.) sieht in dem neuen Antrag der Regierungsparteien ein Ablenkungsmanöver. Er beantragt, das steuerfreie Existenzminimum der Lohnsteuerpflichtigen auf 1000 Mark monatlich und auch die Abzüge für Frau und Kinder zu erhöhen.

Abg. Höllein (Komm.) verlangt eine Beseitigung der Erhöhung der Werbungskosten bei der Lohnsteuer. Abg. Herk (Soz.) erklärt, der sozialdemokratische Antrag werde für die Lohnsteuer mindestens den Ertrag bringen, auf den sie nach dem bekannten Antrag der Regierungsparteien beschränkt sein soll.

Abg. Schneider (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Staatssekretärs Popik und betont, es sei ganz unmöglich, die finanzielle Wirkung des kürzlich eingebrachten Kompromißantrages genau zu berechnen. Nach dem vorliegenden Text des Antrages habe er eine ganz unsoziale Wirkung. Staatssekretär Popik hält die Auslegung des Antrages durch den Abg. Schneider für unzutreffend. Eine andere Formulierung werde später erfolgen. (Große Unruhe und Protestrufe links.)

Damit schließt die Aussprache über diesen Abschnitt. Präsident Loebe teilt mit, daß sieben von den Regierungsparteien ein handschriftlicher Antrag eingegangen sei, der eine andere Formulierung des Kompromißantrages zum § 70 vorschlägt. Danach bleiben für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind je 10 Prozent des Arbeitslohnes, der über das Existenzminimum hinausgeht, vom Steuerabzug frei. Es bleiben steuerfrei für die Ehefrau 120 Mark, für das erste Kind 120 Mark, für das zweite Kind 240 Mark, für das dritte Kind 420 Mark, für das vierte und jedes folgende Kind 600 Mark jährlich, wenn der nach Ziffer 1-5 steuerfrei bleibende Betrag höher ist als der nach Ziffer 1 insgesamt steuerfrei bleibende Betrag.

Die Abg. Dr. Herk (Soz.) und Neubauer (Komm.) erklären, es sei ganz unmöglich, den Sinn dieses im letzten Augenblick eingebrachten Antrages im Moment zu verstehen. Die Abstimmung müsse zurückgestellt und eine neue Aussprache darüber zugelassen werden.

Auf Vorschlag des Präsidenten Loebe wird die Abstimmung über die §§ 52 und 70 zurückgestellt, bis der neue Antrag der Regierungsparteien gedruckt vorliegt.

Für Paragraph 50 werden die Entwürfe der Opposition abgelehnt und der Antrag der Regierungsparteien wird angenommen, ebenso Paragraph 51 der für die Einkommensteuer folgende Tabelle festlegt: Bis 3000 Mark Einkommen 10 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 4000 Mark 12½ Prozent, für die weiteren 4000 Mark 15 Prozent, die weiteren 4000 Mark 20 Prozent, die weiteren 3000 Mark 25 Prozent, die weiteren 15000 Mark 30 Prozent, die weiteren 34 000 Mark 35 Prozent und für die weiteren Beträge des Einkommens 40 Prozent.

Weitere Paragraphen bis zum Paragraphen 61 werden unter Ablehnung der Änderungsanträge der Opposition in der Ausschussfassung angenommen. Paragraph 61 be-

Englisch-französischer Sicherheits-Schacher?

China als Kompromißobjekt.

← Berlin, 29. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.)

Die Verhandlungen über den Sicherheitspakt, die in den letzten Tagen fast ausschließlich zwischen London und Paris geführt werden, nehmen eine Form an, die geeignet ist, erhöhte Wachsamkeit auf deutscher Seite hervorzurufen. Nach dem, was über den Verlauf dieser Verhandlungen in die Öffentlichkeit gedrungen ist, muß man tatsächlich annehmen, daß die Engländer sich immer mehr dem französischen Standpunkt nähern, und daß man versucht, ein Schachergeschäft großen Stils erneut zu machen, indem England den Franzosen auf dem europäischen Kontinent die nötige Handlungsfreiheit beläßt, und dafür von Frankreich Unterstützung der englischen Reichspolitik in China, wie überhaupt im übrigen Osten, zugestanden erhält. Die französische Presse glaubt schon melden zu können, daß infolge der englisch-französischen Einigung die Antwort Briands in wenigen Tagen fertiggestellt sein werde.

Wir sind der Meinung, daß diese Meldungen noch verfrüht sind, aber immerhin könnte es möglich sein, daß das englisch-französische Einverständnis zugunsten Deutschlands bereits vor der ersten praktischen Auswirkung steht. Die Engländer haben bisher zwar wenig über ihre Absichten gesagt und bezwecken damit ausschließlich, daß nach wie vor Unklarheit über ihre wirkliche Haltung bestehen bleibt. Deutschland hat aber ein Recht, von England zu erfahren, zu welchen Zugeständnissen sich die englische Regierung den Franzosen gegenüber bereit erklärt hat. Sollten sich die Voraussetzungen bestätigen, wonach die Engländer nicht nur den französischen Standpunkt bezüglich des Sanktionsrechts und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund unterstützen, sondern den Franzosen sogar in der Garantiefrage einschneidende Zugeständnisse gemacht haben, so wären die Widerstände in der bisherigen englischen Haltung geradezu ungeheuerlich, die in zahlreichen Ausführungen Chamberlains und Baldwins im Kabinett und im englischen Parlament zum Ausdruck gekommen sind. Es bedeutet die Vergewaltigung des Grundgesetzes der Gegenseitigkeit, der ja die conditio sine qua non für den Abschluß eines Sicherheitspaktes überhaupt ist. Deutschland, das allein für sich in Anspruch nehmen kann, mit innerer Wärme dem Gedanken eines Sicherheitspaktes gefolgt zu sein, muß entschieden verlangen, daß England Farbe bekannet.

Ein englisches Memorandum in Paris überreicht.

← Berlin, 29. Juli. (Tel.) Wie die „Vossische Zeitung“ aus London meldet, hat am Montagabend das Außenministerium der englischen Botschaft in Paris ein Schriftstück überreicht, in dem die Ansicht der englischen Regierung über die deutsche Sicherheitsnote enthalten ist. Neuer betont in einer

offiziösen Information, daß dieses Schriftstück keineswegs den Charakter einer endgültigen Stellungnahme trägt, sondern daß die Unterhaltung zwischen London und Paris sich in dem vorbereitenden Stadium eines Austausches von Eindrücken befindet.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Paris hat der englische Botschaftsrat Philipps am Dienstagabend dem Außenminister Briand einen neuen längeren Besuch am Quai d'Orsay abgestattet und ihm laut Auskunft von amtlicher französischer Stelle das Schriftstück über den englischen Standpunkt in der Frage der deutschen Antwortnote überreicht.

tu, Paris, 29. Juli. (Tel.) Die an die Pariser englische Botschaft telegraphierte Note, welche die Stellungnahme Englands zur deutschen Antwortnote enthält, wurde gestern nachmittag zur Kenntnis des Londoner französischen Botschafters gebracht. Das Schriftstück ist, nach einem Savas-Bericht, eher allgemein gehalten. Der englische Eindruck von der deutschen Antwortnote entspreche in großen Zügen den der zuständigen französischen Kreise. Indessen scheine auf englischer Seite eine starke Neigung für eine Aussprache über gewisse grundsätzliche Fragen zu bestehen, in der Hoffnung, daß die Verhandlungen mit Deutschland jetzt so schnell wie möglich zu Ende geführt werden können. Die angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Regierungen seien nicht vorhanden. Das Foreign Office wie auch das französische Außenministerium seien der Ansicht, daß Deutschland kein Recht auf Befreiung von den militärischen Bestimmungen des Völkerbundes habe, solange es nicht dem Völkerbund angehöre. Es sei gleichfalls unwahr, daß sich England der Garantierung der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Schiedsgerichtsverträge widersetze. Die englische Regierung lasse im Gegenteil dem französischen Kabinett zu dieser Frage völlig freie Hand.

Die meisten Blätter knüpfen an die Savas-Meldung pessimistische Betrachtungen. Der „Matin“ meint, wahrscheinlich werde Briand schon in den nächsten Tagen Stresemann auf die letzte deutsche Note antworten. Man werde dann sehen, ob es der deutsche Außenminister vielleicht doch für richtig hält, persönlich nach Genf zu kommen, um in privaten Besprechungen die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund festzulegen.

Sicherheitspakt noch in diesem Jahre — erklärt Präsident Coolidge.

← Newyork, 29. Juli. (Tel.) Präsident Coolidge bestätigte beim gestrigen Dienstagempfang der Presse, daß er die Verhandlungen über den Sicherheitspakt zwischen Deutschland und der Entente mit großer Aufmerksamkeit verfolge. Die Verhandlungen beanspruchten Zeit, würden aber nach seinen Informationen gütlich, und er erwarte den Abschluß des Paktes im Spätherbst oder Frühwinter. Er bestätigte, daß er einen Beobachter zur Vorkonferenz entsenden wolle. Er erklärte endlich, daß die allgemeine Abrüstung erst nach Abschluß des Sicherheitspaktes erörtert werden könne. So gleich nach Abschluß des Paktes werde er, Coolidge, die Einladungen zu einer Abrüstungskonferenz im Frühjahr ergehen lassen.

hätten meist gar keine Kenntnis von diesem Recht und könnten davon keinen Gebrauch machen.

Abg. Höllein (Komm.) schließt sich den Ausführungen des sozialdemokratischen Vertreters an.

Abg. Frau Dr. Behm (M.): Alle Parteien werden sich daran gewöhnen müssen, die Vertikalisierung der Frau auch in Mark und Pfennigen einmal auszubüßen. Dazu braucht man nicht so heftig zu werden wie Herr Höllein. Warum schreit Ihr Euch eigentlich immer so an? Warum verteidigt Ihr Euch nicht? (Sehr laut: Abg. Höllein ruft: Das müßten Sie Ihren Brüdern in Christo sagen!) Wir wollen durch die Heimarbeitergesetzgebung die Heimarbeiter im Lohn so gut stellen, daß sie mit Stolz auch Steuern zahlen können.

Staatssekretär Popik erklärt sich mit der Tendenz des sozialdemokratischen Antrages einverstanden. Seine Formulierung mache aber seine Einfügung in das Gesetz sehr schwierig. Vielleicht lasse sich in der dritten Lesung eine bessere Formulierung finden. In den Ausführungsbestimmungen werde die Regierung jedenfalls dem Verlangen des Antrages Rechnung tragen.

Nach Ablehnung der weiteren Änderungsanträge werden die §§ 58-60 angenommen in der Ausschussfassung.

Zwischen ist der neue Kompromißantrag zur Lohnsteuer eingegangen. Der neue Antrag steht durch eine genauere Formulierung ausdrücklich vor, daß die Mindestsätze für Ehefrau und Kinder gelten, wenn sie zusammen einen höheren steuerfreien Betrag ergeben, als bei dem projektualen Abzug. Dieser Antrag findet Annahme.

Der Einkommensteuervertrag wird dann in der Fassung des Ausschusses und der Regierungsparteien unter Ablehnung aller Anträge der Opposition angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der bei der Lohnsteuer die steuerfreien Abzüge für die Ehefrau und die Kinder gegenüber der Ausschussfassung und den Kompromißanträgen erhöhen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 288 gegen 183 Stimmen abgelehnt. Annahme findet auch hier die Kompromißfassung, die u. a. für die Ehefrau und das erste Kind 120 Mark

jährlich steuerfrei lassen will, für die folgenden Kindererhöhtlich dieser freie Betrag.

Abg. Schred (Soz.) wendet sich bei der Besprechung des § 81, der die Art der Festsetzung der Kirchensteuern regelt, gegen hierzu vorliegende Anträge der Kompromissparteien, die den Reichsfinanzminister ermächtigen wollen, Pauschbeträge für die Kirchensteuer festzusetzen, wenn die Landesregierungen dieses nicht rechtzeitig tun.

Abg. Bierath (Komm.) bezeichnet die Bestimmungen über die Kirchensteuer als das ungeheuerlichste, was man in der Republik gegen die Arbeiter unternehme. Im Zeichen des Kreuzes habe man versucht,

das Zentrum und die anderen christlichen Klassen für den neuen großen Steuerraub zu fördern. Die Anheftung der Schätze in den Kirchen sei ein Luxus. (Unruhe beim Zentrum.) Woher sei es nötig, beim Abendmahl den Wein aus goldenen Kelchen zu trinken? (Unruhe und große Unruhe im Zentrum und rechts.) — Vizepräsident Graef bittet den Redner, die Gefühle eines großen Teiles der Mitglieder des Hauses zu schonen.) Bierath: Wenn es der Kirche nur auf Geld ankomme,

so möge die Kirche doch einfach Entree nehmen. (Große Unruhe im Zentrum und rechts.)

Als der Redner weiter schwere Beschuldigungen gegen die Kirche und die Geistlichen ausspricht, entsteht im Zentrum und rechts steigende Erregung; besonders der Abgeordnete Esser (Zentr.) gibt seiner Empörung durch heftige Zwischenrufe Ausdruck. Die Kommunisten drängen nach vorn und antworten ebenfalls mit heftigen Zurufen. Plötzlich stürmt der Kommunist Jadaß

auf die Bänke des Zentrums los, um in die Nähe des Abgeordneten Esser zu kommen. Andere Kommunisten drängen nach. — Abgeordnete des Zentrums und der Demokraten werfen sich dazwischen, um Tätlichkeiten zu verhindern.

Es kommt unter ungeheurem Tumult zu einem Handgemenge. Alle Abgeordnete haben sich von den Plätzen erhoben. Das Publikum auf den Tribünen schaut in großer Erregung dem Schauspiel zu.

Da der Präsident des Lärms nicht Herr werden kann und die Sitzung vollkommen aufgelöst ist, vertagt er die Verhandlungen auf eine Viertelstunde. Nach der Sitzung stehen die Abgeordneten in erregten Gruppen zusammen.

Um 9.10 Uhr eröffnet Vizepräsident Graef wiederum die Sitzung. Er teilt mit, daß sich der Ältestenrat mit den Vorgesängen beim Schluß der vorigen Sitzung beschäftigt habe. In Uebereinstimmung mit dem Ältestenrat müsse er den Abg. Jadaß (Komm.), der einen tätlichen Angriff gegen ein Mitglied des Hauses versucht habe (Widerpruch bei den Kommunisten) und der an der Ausführung nur dadurch verhindert worden war, daß andere Abgeordnete sich dazwischen geworfen hätten, für die Dauer dieser Sitzung ausschließen. (Lärm bei den Kommunisten.) Der Präsident stellt fest, daß Jadaß nicht mehr im Saale ist. Er erklärt die Angelegenheit dadurch als erledigt. (Große Unruhe bei den Kommunisten und Zurufe: Was geschieht mit Esser?) Ich habe keine Berechtigung gegen den Abgeordneten Esser einzuschreiten, der provoziert worden ist. (Dauernder Lärm bei den Kommunisten.) Abg. Roenen (Komm.) ruft dem Zentrum zu: Organisierte Häuserbande!

und wird dafür zur Ordnung gerufen, ebenso ein anderer kommunistischer Abgeordneter, der diesen Zuruf wiederholt. Es entsteht minutenlanges Lärm. Die Kommunisten rufen im Chor: Esser zur Ordnung! Vizepräsident Graef stellt weitere Ordnungsrufe aus und droht mit einer neuen Unterbrechung der Sitzung. Als dann endlich Ruhe entstanden ist, will der Präsident die Verhandlungen fortsetzen lassen. Abg. Bierath (Komm.) verlangt das Wort. (Stürmischer Widerspruch bei den Regierungsparteien.) Vizepräsident Graef erklärt, daß nach seiner Ansicht Bierath seine Rede beendet habe. (Widerpruch bei den Kommunisten.)

Sie rufen dem Präsidenten zu: Schieber!

Vizepräsident Graef richtet die Frage an das Haus, ob es den Abg. Bierath weiter hören wolle. Von den Regierungsparteien erschallt ein einstimmiges Nein. Als Antwort brechen die Kommunisten in wildes Gekrei aus. Sie leisten der Aufforderung des Präsidenten, sich auf ihre Plätze zu begeben, keine Folge und werden mehrfach zur Ordnung gerufen. Der Tumult setzt immer mehr ein, so daß der Präsident schließlich

wiederum die Sitzung unterbricht, und zwar auf 10 Minuten. Schluß gegen 9 1/4 Uhr.

Um 9.45 Uhr eröffnet Vizepräsident Graef wiederum die Sitzung und stellt fest, daß er irrtümlich der Ansicht gewesen sei, daß der Abg. Bierath seine Rede beendet habe. Er habe sich inzwischen überzeugt, daß das nicht der Fall gewesen sei. Er gebe ihm daher das Wort zur Beendigung seiner Rede.

Abg. Bierath (Komm.) erklärt, daß ihm die letzten Vorgänge an den Wittenberger Tag in Tennessee erinnern. Es habe ihm ferngelegen, die Religion in den Schmutz zu ziehen. Er habe sich nur gegen die Auswüchse des Pfaffenstums wenden wollen.

Darauf wird die sachliche Beratung fortgesetzt. Die Kompromißbeschlüsse zur Kirchensteuer werden angenommen. Ferner wird bestimmt, daß, wenn in einem Lande, in dem eine Kirchensteuer in Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer erhoben wird, die Landesregierung Pauschalbeträge hierfür nicht rechtzeitig festsetzt, der Finanzminister ermächtigt sein soll, nach Benehmen mit der beteiligten Körperschaft die Festsetzung mit Zustimmung des Reichstages vorzunehmen.

Das Einkommensteuergesetz wird in zweiter Lesung erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 2 Uhr: Weitere Steuerdebatten.

Schluß nach 10 1/2 Uhr.

Die neuen Zölle.

Berlin, 28. Juli. (Tel.) Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich in der Fortsetzung der Einzelberatung der Agrarzölle mit den Positionen Obst-, Garten-, Gemüse- und Handelsgewächsbau. In der Abstimmung wurden sämtliche Abänderungsanträge der Opposition abgelehnt. Annahme fand ein Kompromißantrag, der u. a. für frische Kartoffeln bis zum 1. Februar 1928 einen ermäßigten Zollfuß von 25 Pf. festsetzt. Annahme fanden noch Kompromißanträge, durch die die Zollsätze der Vorlage erhöht werden für Kirschen und Weinmaische von 45 auf 60 Mark, für Bananen von 15 auf 30 Mark, für Apfelsinen von 12 auf 20 und für Gurken von 10 auf 30 Mark. Dann vertagte sich der Ausschuss. Heute besprach der Ausschuss die Positionen Vieh, Fleisch, Felle, Oele und Geflügelprodukte. Abg. Gerauer (Wager. Wp.) begründet den Kompromißantrag auf Mindestzölle für Vieh. Die Regierungsparteien hätten sich bei diesem Antrag von der Auffassung des Sachverständigen Kreises leiten lassen und glaubten, namentlich im Interesse der mittleren und kleineren Landwirtschaft zu han-

Die Veröffentlichungen aus dem Barmat-Kutischer-Prozeß.

Weiteres Material.

Eine Nichtigkeit.

In unseren gestrigen Bericht über die „Unbefugten Veröffentlichungen aus dem Barmat-Kutischer-Prozeß“ hat sich durch ein bedauerliches Versehen infolge einer Unrichtigkeit eingeschlichen, als am Schluß des dritten Absatzes eine Zeile eingeblieben ist und sich so unsere redaktionelle Notiz über die „Westfälische Landeszeitung“ an eine Zeile angeschlossen, für die sie nicht bestimmt war. Die Stelle muß richtig folgendermaßen heißen:

Weiter macht der „Vorwärts“ sehr detaillierte Angaben über die Beziehungen dieses Büros zur Reichspresse: zur „Deutschen Zeitung“, Berliner Börsenztg., zur inwärtigen eingegangenen „Nationalen Post“ und zur „Bergisch-Märkischen Zeitung“ in Elberfeld, (deren Kopfbild bekanntlich die „Westfälische Landeszeitung“ in Münster ist. Die Red.) und zur Telegraphen-Union.

Die „Westfälische Landeszeitung“ in Münster ist also, wie wir nochmals ausdrücklich feststellen, nicht Kopfbild der „Berliner Börsenzeitung“, sondern Kopfbild der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ in Elberfeld.

*

Aus Nr. 173 des „Vorwärts“ entnehmen wir in Ergänzung unseres gestrigen Berichtes noch folgende Einzelheiten:

Das (dem „Vorwärts“ vorliegende) Material erbringt den Nachweis, daß die ganze Barmat-Angelegenheit von Anfang an eine kriminalistische, sondern eine politische, auch von der Staatsanwaltschaft politisch aufgelegene Angelegenheit gewesen sei, die sich gegen die republikanischen Parteien, hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum, aus Anlaß der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl, richtete. Es sei noch eine Erweiterung des Angriffes geplant gewesen, bei dem auch die Demokraten mit einbezogen werden sollten. Für diese Erweiterung war ein umfangreiches, aus den Deutschen Werken entwendetes Material in Aussicht genommen, zu dessen Verwertung es jedoch nicht gekommen sei. Auf jeden Fall stehe das fest, daß in der ganzen Barmat-Angelegenheit die Staatsanwaltschaft, namentlich Assessor Caspari und Assessor Kuhnmann, sowie der besonders aus der Hölle-Maffäre bekanntgewordene Oberstaatsanwalt Linde, in engerster Fühlung mit Stellen der Deutschnationalen Volkspartei gearbeitet und diesen das ihnen amtlich bekanntgewordene Material zur publizistischen Verwertung zugeordnet haben. Für diese Hilfeleistung hätten einzelne der genannten Herren Vergütungen erhalten, die wohl das Kernstück der kommenden kriminalistischen Untersuchungen bilden müßten.

Die Beziehungen des Büros in der Lützowstraße waren, wie der „Vorwärts“ weiter mitteilt, außerordentlich enge. Es wurden namentlich Briefe gewechselt mit der „Deutschen Zeitung“ und den mit diesem Blatt in Zusammenhang stehenden Herren, mit Herrn Dr. Dörmann von der „Berliner Börsenzeitung“ mit der inwärtigen „Nationalen Post“, mit der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ u. a. mehr. Besonders interessant ist, daß dieses Büro auch enge Beziehungen zu der Jüngerbergischen „Telegraphen-Union“ unterhielt und zwar durch deren Redakteur Herrn Comes. Das Zusammenwirken dieser Pressestellen war genau geregelt. Sollte z. B. der Berliner Ursprung einer Notiz verstellert werden, so ging diese an die „Bergisch-Märkische Zeitung“ in Elberfeld und wurde erst aus dieser rübergenommen. Zur Verbreitung der gleichen Sache an mehrere Blätter wurde die „Telegraphen-Union“ benutzt.

Wenn sie dem Vieh und den Viehprodukten diesen Schutz gewähren wollten. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Redner lehnten sämtliche Zollpositionen ab.

Berlin, 29. Juli. (Drath. unseres Berliner Vertreters.) Im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages begründete am Mittwoch der Zentrumsgesandte Lammer die Abänderungsanträge der Kompromissparteien, die u. a. verlangen Herabsetzung der Schmalzölle bis zum 31. März 1926 von 12.50 Mark auf 6 Mark und Herabsetzung des Zolles für Bucheckern und andere Oele der Margarinefabrikation von 4 Mark auf 2 Mark. Mit Rücksicht auf das große Interesse Norwegens an der Einfuhr von Tran und im Interesse der Regierungsparteien Zollfreiheit für die Einfuhr von Tran bis 31. März 1926 beantragt. Der Zoll für Speisefette soll nach einem weiteren neuen Kompromißantrag bis zum 31. März 1926 von 24 Mark auf 14 Mark herabgesetzt werden. Auch der neue Gefrierfleischantrag der Regierungsparteien liegt nunmehr vor. Er lautet: Die Reichsregierung wird ermächtigt, Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhrzölle zu lassen, sofern es durch Vermittlung von Gemeinden und unter Einhaltung des ordnungsmäßigen Gewerbes und der Genossenschaften sowie deren Zentralen zum Selbstkostenpreis oder mit einem mäßigen Aufschlag geführt wird, und zwar unter Bedingungen, die einen Mißbrauch der Vergünstigung ausschließen.

Das Programm des Generals Feng.

Moskau, 29. Juli. (Tel.) Die Blätter berichten zum ersten Male Grundzüge über das Programm des chinesischen Generals Feng Yu-Siang, der bekanntlich für ein Zusammengehen mit Sowjetrußland eintritt. Feng Yu-Siang erklärte einem japanischen Journalisten in Peking, die Chinesen und Japaner seien derselben Rasse und er würde es begrüßen, wenn japanisches Kapital den Aufbau derjenigen chinesischen Provinzen, die ihm unterständen, in Angriff nehmen würde. Sehr scharf äußerte er sich gegen das amerikanische Einwanderungsgesetz. Japan müsse sich dafür hüten, den Vertrag mit England zu erneuern. Weber seine Beziehungen zu Sowjetrußland lagte der General Feng, er unterhalte zu Sowjets keine Beziehungen, habe auch keine Kriegsausstattung aus Rußland bezogen. Allerdings sei er entschlossen, aus Japan, Rußland und Deutschland Militärachate kommen zu lassen. Die chinesische Bewegung sei nicht bolschewistische Charakters, sondern werde von nationalem Empfinden getragen. Er selbst sei ein Gegner des Kommunismus. Die ungleichen Verträge in China müßten abgehoben werden. Das Peking-Kabinett Tuan Chi-Juis unterstütze er und werde, wenn Peking dies von ihm verlange, sofort zurücktreten. Zum Schluß beschwor er Feng den chinesischen japanischen Studentenaustausch.

Moskau, 29. Juli. (Tel.) Die Stellungnahme der japanischen Presse zu dem Programm des chinesischen Generals Feng ist, wie aus Tokio gemeldet wird, einheitlich wohlwollend. Die Presse erwägt allerdings, ob nicht der General Feng mit seiner Einladung an das japanische Kapital, die ihm unterstehenden Provinzen wirtschaftlich zu erschließen, beabsichtige, Japan von dem die Mandchurei beherrschenden General Tchang-Hsien-kuh abzulösen, begrüßt jedoch seinen Positionsweg. Tokio, 29. Juli. (Tel.) Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Japan, Edgar Addison Bancroft, ist gestorben.

Eine besondere Rolle spielte, wie der „Vorwärts“ weiter mitteilt, auch Dr. Weiß, der Leiter der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei. Er sei es gewesen, der einen Betrag von 10 000 Mark für den Erwerb eines Kizamatmaterials von drei Rissen Umfang aus den Deutschen Werken versprach und 5000 Mark anzahlte.

Der „Vorwärts“ schließt seine Ausführungen mit der Mitteilung, er wolle einstweilen sich auf diese Anlagen beschränken, die nur einen Teil des Tatbestandes erschöpfen.

Zu den Enthüllungen des „Vorwärts“ wird von der Deutschnationalen Seite eine Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

Die Deutschnationale Volkspartei begrüßt es lebhaft, daß nunmehr der Vorstoß des „Vorwärts“ hinsichtlich der Beiträge werde, alle in Frage kommenden Instanzen der preussischen Justizverwaltung endlich zu der eingehenden Untersuchung und Klarstellung der Angelegenheit zu veranlassen, die von der Deutschnationalen Volkspartei dringend gewünscht werde, und die nach dem von Herrn Assessor Caspari bereits vor einiger Zeit eingereichten Gesuch auf Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn schon längst hätte unternommen werden sollen.

Berlin, 29. Juli. (Drath. unseres Berliner Vertreters.) Die Deutschnationale Presse von heute weiß zu den gestrigen Veröffentlichungen des „Vorwärts“ sachlich nichts zu sagen. Aus ihren Ausreden, soweit die Deutschnationale Presse überhaupt auf die gestrige Veröffentlichung einging, konnte man schließlich annehmen, daß sie noch immer ihre schützende Hand über die angeklagten Beamten hält.

Der „Vorwärts“ setzt heute abend seine Veröffentlichungen fort. Am interessantesten ist seine Mitteilung, daß die beabsichtigte Kampagne der Reichspresse in den letzten Wochen gegen das preussische Justizministerium, die sogar in der Forderung der „Deutschen Zeitung“ gipfelt, Herrn Minister Am Jahnhoff in den Anklagezustand zu versetzen, von dem sogenannten Büro Kluge-Knoll und seinen staatsanwaltschaftlichen Hintermännern dirigiert wird. Diese Herren haben so gut Bescheid gewußt, daß sie imstande gewesen seien, die einzelnen Heftartikel schon am Tage vor ihrem Erscheinen mit genauer Weberschrift voranzujagen. Der Plan richtete sich, wie das Blatt weiter mitteilt, im einzelnen gegen den Minister Am Jahnhoff und Staatssekretär Frihe und den Ministerialdirektor Kuhn. Diese sollten mit Hilfe der Rechtsparteien gestützt und durch Personen ersetzt werden, von denen man hoffte, daß sie den Herren Caspari und Kuhnmann die Sache Barmat wieder in die Hände spielen sollten. (Bekanntlich war diesen die Barmat-Affäre aus der Hand genommen worden. Die Red.)

Berlin, 29. Juli. (Tel.) Der Antische Preussische Pressedienst schreibt: In einigen Zeitungen findet sich die Mitteilung, daß die vom Preussischen Justizministerium eingeleitete Untersuchung über das Vorgehen der Sonderbevollmächtigten der Staatsanwaltschaft in Sachen Barmat-Kutischer zu einer Reihe von Hausdurchsuchungen geführt habe. Diese Mitteilungen treffen in dieser Form nicht zu. Die Unterlagen rühren, wie das Justizministerium und das Berliner Polizeipräsidium übereinstimmend erklären, nicht von der Justizverwaltung her. Das Vorgehen der Berliner Kriminalpolizei gründet sich auf eigenes pflichtgemäßes Ermessen. Ferner teilt noch das Berliner Polizeipräsidium mit, daß die Nachricht einer Berliner Zeitungs-Korrespondenz über den Inhalt der polizeilichen Vernehmungen der beiden Justizbeamten, die gestern bei der Berliner Kriminalpolizei stattgefunden haben, wesentlich auf Angaben der Vernehmenen beruhe, da die Berliner Kriminalpolizei aus etlichen Gründen es streng abgelehnt hat, in diesem Stadium der Angelegenheit der Presse irgendwelche Mitteilungen über das Ergebnis der Durchsuchungen und der Vernehmungen zu machen.

Die letzten Meldungen.

Wältische Geheimorganisation in Leipzig.

Berlin, 29. Juli. (Tel.) Blättermeldungen aus Leipzig zufolge wurde dort eine wältische Geheimorganisation aufgedeckt, an deren Spitze ein gewisser Clobius stand, der sich als Hauptmann ausgab, ohne überhaupt Offizier gewesen zu sein. Gegen das Treiben der Organisation, die sich „Bund zur Wehr und Hilfe“ nannte und die zu angeblich vaterländischen Zwecken gesammelten Gelder zu privaten Zwecken verwendete, hat der Leiter des völkischen Kartells in Leipzig, Major Braune, bei den zuständigen Stellen Anzeige erstattet. Darauf hatte die Organisation beschloßen, an Braune Rache zu nehmen und ihn zu ermorden. In dem Augenblick, als die Tat zur Ausführung kommen sollte, wurden Clobius und zwei andere Mitglieder der Organisation von der Polizei verhaftet. Sie wurden der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Erhöhung des Wohnungsgeldes.

Berlin, 29. Juli. (Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde bei der Beratung der Haushaltsgelebe ein neuer Paragraph beschloßen, der den Finanzminister ermächtigt, den Hunderfakt des Wohnungsgeldzuschusses zu erhöhen. Angenommen wurde auch eine sozialdemokratische Entschließung, wonach den Reichsbeamten ab 1. August 100 Prozent des gesetzlichen Wohnungsgeldes zu gewährt sind.

Markt- und Frankenschuhnotierungen.

h. New York, 29. Juli. (Funkpruch.) Schlußkurs der Markt: 23.80—82. 100 Franken gleich 4.75 Dollar.

Getreidenotierungen.

h. Chicago, 29. Juli. (Funkpruch.) Schlußnot.: Weizen: Juli 156.25, Sept. 151. Dez. 152.125, ruhig; Mais: Juli 106.25, Sept. 106, Dez. 86.125, ruhig; Hafer: Juli 42.875, Sept. 43.25, Dez. 45.75, kaum stetig; Roggen: Juli 94.25, Sept. 97, Dez. 101.5, mittlig.

Wanmollnotierungen.

h. Bremen, 29. Juli. (Eig. Drath.) Schlußnotierungen: Sept. 28.40—65; Okt. 26.34—44; Dez. 26.45—49; Jan. 26.33—42; März 26.47—53; Mai 26.63—73.

h. Liverpool, 29. Juli. (Funkpruch.) Umsatz 4000, Import 3300, für den Export 1000. Schlußnotierungen: Loco 13.93; Juli 13.72; August 13.48; Sept. 13.32; Okt. 13.23; Nov. 13.14; Dez. 13.16; Jan. 13.17; Febr. 13.17; März 13.21; April 13.20; Mai 13.20.

h. New York, 29. Juli. (Funkpruch.) Gut behauptet. Schlußnotierungen: Juli —; August 24.70—71; Sept. 24.85—86; Okt. 24.99—25.01; Dez. 25.02—04; Jan. 24.44—44; März 24.75 bis 76; April 24.85—85; Mai 24.95—99. Zufuhren: Atlantik 2000, Golf 5000, Frankreich 1000.

Dortmunder Zucht- und Fettviehmarkt.

h. Dortmund, 29. Juli. (Eig. Drath.) Auftrieb: 404 Stück Großvieh, 13 Rinder, 4 Schafe, 148 Schweine. Rühge: a) 575 bis 700, b) 475—575, c) 400—525, d) 300—400, e) 200—300; Rinder: a) 400—475, b) 325—400, c) 275—325, d) 225—275, e) 150—225. Beste Tiere bis 850 Mark bezahlt. Die gegen Maul- und Klauenseuche geimpften Tiere tragen die Ohrenmarken Nr. 44 511—44 915. Ferkel von 6—8 Wochen 20—28, von 8—10 Wochen 28—50, von 10—12 Wochen 50—65. Das Geschäft auf dem Großviehmarkt in Rühge lebhaft, in Rindern langsam.

Paul Meyermann
Hedwig Meyermann
geb. Tebroke
VERMÄHLTE
Bocholt, 30. Juli 1925.
1877

Kath. Arbeiter-Verein Rhede.
Unser Mitglied und ehemaliger
Vorstand des Vereins
Josef Demming
ist gestorben. Die Beerdigung
findet statt am Freitag um 9 Uhr,
anschließend das hl. Seelenamt,
wogu die Mitglieder freundlichst
eingeladen werden.
Der Vorstand.

Flußschau 1925.
Die diesjährige Flußschau findet im
Bezirk des Stadtkreises Bocholt wie folgt
statt:
1. Am Samstag, den 1. August 1925,
von 10 Uhr vorm. ab
Schau über die Aa von dem Durchlaß
im Damm der Bahn Bocholt-Winters-
wyl flusswärts bis zur Grenze der
Gemeinde Lohnd.
2. Am Samstag, den 1. August 1925,
von 12 Uhr ab
Schau über den noch bestehenden Teil
des Stadtgrabens und den Wühl-
graben, anfangend am Kavalierdior.
3. Am Montag, den 3. August 1925,
von 10 Uhr vorm. ab
Schau über den Stiefenhofgraben, über
die Heggenaa, alte Aa und Hapelaag,
welche durch die Gasthaus- und Knus-
mannsweide in die alte Aa fließt.
4. Am Dienstag, den 4. August 1925,
von 10 Uhr vorm. ab
Schau über den Knuserbach zwischen
Storkwinkel und Wühlentort der
Königsmühle, sowie über den Sandbach,
beginnend am Durchlaß desselben durch
den Damm der Bahn Bocholt-Rhede,
einschließlich des Vorflutgrabens, be-
ginnend an d. Wühlentort am Friedhof
sowie von dem Damm der Bahn
Bocholt-Rhede der neuen Straße durch
das Gut Wessels und Gut Heuting
entlang führend bis zu dessen Ein-
mündung in den Sandbach und den noch
bestehenden Teil des gelben Wässers.
5. Am Mittwoch, den 5. August 1925,
von 10 Uhr vorm. ab
Schau über den Schiefelbach, beginnend
auf der „Weißhorst“ weßlich der Bahn
Bocholt-Winterswyl.
Gemäß der Schau- und Unterhaltungs-
ordnung für die Wasserläufe des Kreises
Bocholt vom 3. März 1919 in Verbindung
mit § 284 des Wassergesetzes vom 7. April
1913 muß bis zu Schluß der gründlichen
Reinigung der Wasserläufe vollständig aus-
geführt sein.
Die Reinigungspflichtigen oder deren
Bevollmächtigte müssen in dem Schau-
termin auf den die Wasserläufe be-
grenzenden Parzellen anwesend sein. Die
an den Wasserläufen liegenden einge-
friedigten Grundstücke sind während der
Schau geöffnet zu halten.
Die Reinigungspflichtigen haben die
bei der Reinigung mindestens 1 Meter
vom oberen Uferende auszuwerfenden
Gegenstände, soweit sie nicht zur Be-
festigung des Ufers gebraucht werden,
innerhalb 3 Tage nach der Ausräumung
vom Ufer zu entfernen.
Die Räumung umfaßt die Entfernung
aller den Wasserlauf hemmenden, im
Flußbett, als an den Ufern befindlichen
Gegenstände (Holz, Laub, Pflanzen,
Burgeln, Steine, Erde und Schlamm).
Alles Wurzelwerk, welches in den Ufern
nach dem Flußbett hervorragt, ist weg-
zuschaffen. Die Ufergrundstücke dürfen mit
Kopfen, und anderem ausgedehntem Holz
nur in einer Entfernung von 2 Metern
vom oberem Uferende bepflanzt sein. Die
Zweige dürfen sich nicht über den Wasser-
spiegel ausdehnen.
Nach acht Tagen findet die Nachschau
statt.
Zur Verhandlung werden nach der
Schau- und Unterhaltungsordnung für
die Wasserläufe des Kreises Bocholt vom
3. März 1919 mit Geldstrafe bis zu 100 000
Mark oder mit entsprechender Haft be-
straft; außerdem wird die Herstellung des
vorgeschriebenen Zustandes zwangsweise
auf Kosten der Säumigen bewirkt.
Bocholt, den 10. Juli 1925.
Die Polizeibehörde.

Bekanntmachung
Die Urlisten der in den Gemeinden des
Amtes Wieden-Weith wohnhaften Per-
sonen, welche zu dem Amte eines Schöffen
oder Geschworenen berufen werden können,
liegen eine Woche lang und zwar vom
1. bis einschl. 8. August ds. Js. in den
einzelnen Gemeinden und zwar in den
Wohnungen der jeweiligen Gemeinde-
vorsteher offen.
Bocholt, den 10. Juli 1925.
Der amts. Richter.

Bekanntmachung
Die Urlisten der in den Gemeinden des
Amtes Wieden-Weith wohnhaften Per-
sonen, welche zu dem Amte eines Schöffen
oder Geschworenen berufen werden können,
liegen eine Woche lang und zwar vom
1. bis einschl. 8. August ds. Js. in den
einzelnen Gemeinden und zwar in den
Wohnungen der jeweiligen Gemeinde-
vorsteher offen.
Bocholt, den 10. Juli 1925.
Der amts. Richter.

Geschäfts-Eröffnung.
Den geehrten Bewohnern von Holt-
wick und Umgegend zur gef. Kenntnis,
daß ich in Holtwick, Dingperl. Chauffee,
**eine Fuß- und
Wagenschmiede**
eröffnet habe. Es wird mein Bestreben
sein, durch gute Arbeit bei soliden
Preisen mir eine dauernde Kundschaft
zu erwerben.
Hermann Langfeld,
Schmiedemeister. 1894

Achtung!
4täg. Rheinfahrt
Es wird noch Gelegenheit geboten, sich
an der Dampferfahrt zu beteiligen.
Karten sind in den Verkaufsstellen noch
bis einschließlich 1. August zu haben.
Rheinische Spedition GmbH.
Emmerich, Wassertor 3.
Fernruf 4. 8. 4908 4915

W. B. O. W. Stein
Betten
Bettfedern und
Daunen, Inlett,
Bezüge, Decken,
Leinen, Wälsche
Ausstattungen
in
bekannter Güte
u. Preiswürdigkeit.
GEGRÜNDET 1881
BOCHOLT-OSTERSTR. 50
AOTGER

**Gräbenbau
in den Werther Benden.**
Die diesjährige Schau über die Haupt-
und Nebenraben in den Werther Benden
findet am Montag, den 10. August, des
Nachmittags von 3 bis 5 Uhr statt. Die
Pächter der Grundstücke wollen während
der Schau an den Gräben anwesend sein.
Fürstlich Salm-Salm'sche Rentel Bocholt.

H. ten Bruin
kommt Freitag morgen 8 Uhr mit
einer großen Partie
**geschlachteter Hühner
und Hähnchen**
auf den Markt.

Am Freitag, den 29. Juli,
verkaufe ich auf dem Markte
Hühner und Hähnchen
lebend und geschlachtet.
1899
Elschoff.

Ihr Lager und Kaffammer
jugendlicher Arbeiter
gekauft.
Wo zu erfragen in der Geschäftsstelle

**Sol- und
Thermalbad Königsborn.**
Eisenbäderstationen: Anna und Anna-
Königsborn.
Badezeit vom 15. Mai bis 1. Oktober.
Beste Heilerfolge
bei Gicht, Rheumatismus, Ischias,
Stropheln, Drüsen, Rachitis, Herz-
Nervens, Frauenkrankheiten usw.
Lieferung von Badesalz und Mutter-
lauge zur Bereitung von Bädern im
Hause. Badeschrift und Auskunft un-
entgeltlich durch die Badeverwaltung in
Anna-Königsborn.

Empfehle mein reichhaltiges Lager
in preiswerten
Rhein-, Mosel-, Süd- u. Schaumweinen
erster Häuser. 4322
la. Frankfurter Apfelwein.
Ferner la Weinbrand, Weinbrand-
Verschnitt, frz. Weinbrand sowie
Liköre von den einfachsten bis zu
den feinsten Qualitäten.
Theodor Wiethold, Wein- u. Likör-
Handlung.
Telefon 644. Schanze 43.

Zur Herbstdüngung
empfehle wieder
Knochenmehl
u. erbitte Bestellungen möglichst frühzeitig
Josef Belting,
Herzogenhoft, Station Werth.

**2 große
Ausnahmetage**
Am Freitag, 31. ds. und Samstag, 1. n. Mts.,
geben wir bei einem Einkauf von 5.— an (außer Zucker)
1 elegante Kaffeetasse gratis
beim Einkauf von 1 Pfund Kaffee
1 gr. Tafel Blockschokolade gratis.
Kaffee täglich frisch aus
eigenen Röstereien.
Wir importieren selbst Kaffee, daher die
unübertroffenen Qualitäten.
Ein Versuch lohnt sich!

la Mischkaffee	50%	33 1/2%	20%
	1.20	1.—	.80

Tee, nur das Feinste, 1/4 Pfd. 1.45 u. 1.25
Kakao Pfd. von 65 Pfg. an
Schweineschmalz Pfd. nur 1.—
Cocosfett i. Platten Pfd. nur 1.—
Unser Schlager 4 Teile nur 1.—
Cremeschokolade Tafel 25 Pfg., 4 St. 1.—
Blockschokolade „ 20 „ 5 „ 95 Pfg.
Dessertschokolade Pfd. nur 1.20
Beachten Sie unser Schaufenster!
Hamburger Kaffee-Lager
Thams & Garis
Nordstr. 31. 4914

**Alles putzt mit
Schuhputz
ES-TE**

MAN VERLANGE
AUSDRÜCKLICH
ES-TE
HOCHGLANZ
IN
ORANGE PACKUNG
DER CHEM. FABRIK
STOCKHAUSEN & Cie
KREFELD

Namenstag-Geschenke
in großer Auswahl.
Temming & Heilborn, Nordstr. 27.

Wohnhaus
mit Zentralheizung u.
Garten, sofort bezie-
bar, ist zu vermieten
oder zu
verkaufen.
Näheres in d. Ge-
schäftsstelle.
**Ein Arbeiter-
Wohnhaus**
in der Stadt mit fl.
Garten, Gas- u. Was-
serleitung zu verkaufen.
Offerten unter B
1941 a. d. Ge-
schäftsstelle.
Reisende
erzielen täglich 20 bis
50 Mk. Nebenverdienst
d. Gebauer, Stettin,
Allee 61.
Zugewinnliebendes
Mädchen
am liebsten v. Lande.
Näheres in d. Ge-
schäftsstelle.
Tüchtiges lauberes
Mädchen
für halbe Tage ge-
sucht.
Näheres in d. Ge-
schäftsstelle.
Zum sofortigen Ein-
tritt jüngeres, kräftig
Mädchen
vormittags gesucht.
Vorstellung erbeten
vormittags von 10 bis
12 Uhr.
Näheres in d. Ge-
schäftsstelle d. Stg.
Saubere
Waschfrau
gesucht.
Restauration
Ba-
Nordstraße 10

Kreisblatt des
Rheder
Nr. 208

Briand
Berhandlung
w. London,
gen. hiesiger Blätter
im August nach
Wiedlung zufolge d.
englische Auffassung
mehr soweit genähert
Deutschland
mündlicher Au-
schießung wurde war
Briand und Cham-
berlain
Paris, 31.
Quai d'Orsay unter
die deutsche R.
diese Vorarbeiten
sich den Stand
falls er nach Lon-
don Chamberlain

Das un-
Abbruch der eng-
tu London, 31.
Kommission hielt ge-
berauf folgende
„Im Laufe der Besp-
beiden Länder statt-
Regierungen einge-
tu Paris, 31. Zu-
die Schuldenregelung
Die Verhandlungen
den, da es nicht
iherbrücken. „
Eindruck des Mißer-
die französischen Dele-
die Beprehungen be-
Times-Korrespondent
hätte den Vorschlag
die Dauer von drei
der Basis von Jahr-
Pfund Sterling. C
kommen entschieden
tu Paris, 31. Z
Schuldenkommission
daß nach den franzö-
möglich war. Ge-
Briand in Unter-
lung genommen hat,
sen werden.

Das Ri-
Mit Au-
tu, Essen, 31.
sich den Truppen
gendem Spiele das
Richtung Landau un-
Damit ist das Ruhr-
vollständig geräumt.